

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

27.5.1927 (No. 122)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Verleger:
H. R. 553
und 554
Postfachstelle
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. R.
C. H. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einjäh. 30.—, halbjährlich 15.—, vierteljährlich 7.—, Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Zu Rate von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Kassenverzug, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Verantwortung. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, falls die Zeitung verfehlt, in bestimmten Umständen oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, falls die Zeitung verfehlt, in bestimmten Umständen oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbandregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Fachliche Kultur und Geschichte, Fachliche Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Die Vorgänge an der Börse haben lange und zum Teil auch üble Epilog gebracht. Es ist nicht unverständlich, daß die leidtragenden Spekulanten, unter denen sich sicherlich viele kleine Börsenspieler befinden, die freilich besser ihre Finger von dem riskanten Spiel gelassen hätten, eifrig nach Schuldigen suchen. Aber es bleibt doch so, daß die Hauptschuld eben in der Übersteigerung der Börsenkurs lag, herbeigeführt, teils durch ziel- und planlose Spekulation, teils durch den Machtwillen der Konzerne und ihre Kuffänge von Aktien um jeden Preis. Daß dieser letztere Grund stark mitgewirkt hat, zeigt sich darin, daß vor und nach den schwarzen Tagen das fliehende Aktienmaterial gar nicht so umfangreich war, wie man hätte annehmen können. Viele der Papiere sind eben während der Aufstiegsperiode durch Partei- und Interessententriebe in die Hände der großen Industrie gelangt und von dieser gehalten worden. An Warnungen an die Spekulation hat es überdies lange vor dem schwarzen Freitag nicht gefehlt, aber auch die Großbanken schienen nicht einsehen zu wollen, daß die Kurshöhe vieler Papiere in keinem Verhältnis zu deren innerem und Dividendenwert stand. Durch den Aktiensturz, der zu Beginn dieser Woche eine Neuaufgabe erlebte, sind natürlich auch alle diejenigen betroffen, die ohne Spekulation zu sein, sich im Besitz von Aktien befanden, seien es auch nur aus den Zusammenlegungen nach der Inflationszeit verbliebene Vermögensreste aus der Vorkriegszeit. Diese Enttäuschten finden freilich wenig Trost in der jetzt offenbar gewordenen Tatsache, daß ihre Papiere in den letzten Monaten überwertet waren.

Gewiß mag es Banken und einzelne Spekulanten geben, die an dem großen Kurssturz gut verdient haben, aber dann waren es eben diejenigen, welche die Dinge richtiger sahen und die ersten Anzeichen des Kurszusammenbruchs verstanden. Weitergehende Verschuldigungen sagten aber, daß einzelne Bankinstitute Kenntnis von den Absichten der Reichsbank hatten, Vorverkäufe getätigt und sich wieder zu den gesunkenen Kursen eingedeckt hätten. Da auch der persönlich absolut integre Reichsbankpräsident Gegenstand von derartigen Angriffen war und Strafantrag gestellt hat, steht eine gerichtliche Klärung dieser Vorgänge bevor. Das Bedauerliche ist, daß eben gerade Kleinkapitalisten wieder Lehrgeld bezahlen mußten, ganz einfach, weil weite Kreise statt ihr Geld den Sparkassen oder andern Instituten gegen kleinen, aber sicheren Ertrag anzuvertrauen, sich dem Börsenspiel zugewendet haben. Am empfindlichsten werden natürlich diejenigen betroffen, welche auf Kredit spekulierten, worunter sich mancher kleine Unternehmer befinden mag. Der Rückschlag an der Börse ist jedenfalls, zumal die Maßnahmen, die ihn herbeiführten, währungsrechtlichen Erwägungen entsprachen, vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft nicht als Katastrophe anzusehen, vielmehr sogar als wohltätig zu betrachten, wenn er wenigstens den einen Erfolg hätte, die vielen, finanziell dazu zu Schwachen, vom Börsenspiel, noch dazu mit geborgtem Geld, künftig abzuhalten.

Aber die unserer Währung drohenden Gefahren, wenn weiter Geld vom Ausland geborgt werde, lediglich zu Konsumzwecken oder gar zu Spekulationszwecken, hat sich dieser Tage wieder der Reichsbankpräsident geäußert. Durch die Spekulation mit ihrer kurzfristigen Verschuldung an das Ausland habe die Reichsbank in den letzten Monaten große Mengen Devisen verloren. Er wies auch darauf hin, daß die Börsengewinne der letzten Monate auch insofern eine erhebliche Gefahr für die Währung bedeuten, als diese Gewinne im Ausland zu ausgeprochenem Luxuskonsum vielfach verbraucht werden. Damit deutete er wohl auch auf eine Tatsache hin, die auch uns von Schweizereisenden berichtet wurde. Namentlich in den Hotels des Engadins machte sich seit Monaten ein geradezu aufreizender Luxus breit, den in großer Anzahl dort amehende Pärchenfamilien treiben. Dr. Schacht erinnerte auch an die steigende Einfuhr von amerikanischen Automobilen, wobei auch zu bedenken ist, daß die Triebstoffe für Automobile zum allergrößten Teil vom Ausland eingeführt werden müssen und durch den Automobilluxus, der sich immer mehr ausbreitet, die deutsche Handelsbilanz, die wieder einen steigenden Einfuhrüberschuß aufweist, aufs Schwerste belastet wird. In dieses Wespennest mußte hineingestochen werden, sagte der Reichsbankpräsident, der sich auch gegen die Behauptung wendete, die Reichsbank hätte in der Hauptsache deswegen in das Kursniveau

eingegriffen versucht, weil sie den falschen Eindruck von dem augenblicklichen Wohlstand Deutschlands zerstören wollte, der vielfach im Ausland herrscht. Diejenigen, welche über das Schicksal des Dawesplanes zu bestimmen haben, werde man nicht täuschen können.

Die Entwicklung des Wohnungsbaus wird durch drei Erscheinungen bedroht. Zunächst birgt die Steigerung der Preise für die hauptsächlichsten Baustoffe Gefahrenmomente, die für sich allein freilich nicht überschätzt werden dürfen, da sie nach verschiedenen einwandfreien Berechnungen nicht so sehr zur Erhöhung der Gesamtbaukosten beitragen, wie man annehmen könnte. Die Materialpreise sind gegenwärtig um 50 bis 60 Proz. höher als in der Vorkriegszeit. Von der Preissteigerung sind hauptsächlich Mauersteine und Bauhölzer betroffen. Wenn auch die Steigerungen in den einzelnen Gegenden Deutschlands verschieden sind, so besteht doch, namentlich was Ziegel anlangt, die Gefahr, daß hier Monopolstellungen der Erzeuger ausgenutzt werden. Auf die Gestaltung der Bauholzpreise haben bekanntlich Länder und Gemeinden erheblichen Einfluß. Hier ist jedenfalls eine Möglichkeit gegeben, einer weiteren Steigerung entgegenzuwirken. Die Zementpreise sind übrigens unverändert geblieben, während die Kalkpreise sogar leicht gesunken sind. Zur Steigerung der Materialpreise kommen aber auch noch verschiedene Lohnsteigerungen und Streiks, wie in Baden der Streik der Gipser, und schließlich als Drittes die Erschwerung der Baufinanzierung als Folge der Stöckung des Absatzes von Pfandbriefen, durch die Hypothekendarlehen, die bereits seit einigen Monaten anhält. Eine Mitwirkung dieser Banken und eine starke Beteiligung privaten Kapitals bei der Finanzierung des Wohnungsbaus war seiner Zeit ja neben den Hauszinssteuermitteln vorgesehen, da man mit einer Fortdauer der besseren Pfandbriefkonjunktur, wie sie sich Anfang des Jahres zeigte, rechnete.

Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren kann, wenn die geschilderte Entwicklung anhalten sollte, es schließlich soweit bringen, daß die Grenze erreicht wird, bei der die Fortführung des Wohnungsbaus nicht mehr wirtschaftlich möglich ist. Vor einigen Wochen bereits ist von Seiten des Reichswirtschaftsministeriums, wie erinnerlich, erklärt worden, daß die Zurverfügungstellung öffentlicher Mittel nicht mehr vertreten werden könne, wenn nicht eine angemessene Gestaltung der Baustoffpreise erreicht werde. Dieser Hinweis und die Selbstlosigkeit der Baustoffproduzenten müßte eigentlich genügen, um zunächst auf dem Materialmarkt Übertreibungen zu verhindern. Wünschenswerte Einwirkungen auf die Gestaltung der Material- und übrigen Baupreise könnten auch durch zeitweise Einschränkungen und Verlangsamungen öffentlicher, nicht für Wohnungszwecke dienender Bauarbeiten erzielt werden, wo dies möglich ist. Schwierig ist das Lohnproblem, zumal die Zahl der gelernten Bauarbeiter beschränkt ist.

Auf dem Geldmarkt könnte man sich mit Auslandsgebern helfen. Bekanntlich ist auch in Baden ein Auslandsanleihen für den Wohnungsbau in Aussicht genommen. Im ganzen Reich rechnet man mit einem Bedarf von 200 bis 300 Millionen, und es wird die Befreiung dieser Anleihen im Interesse der Verbilligung des Wohnungsbaus von der Kapitalertragssteuer befreit. Gegen die Verwendung von Auslandsgebern für Wohnungsbauzwecke bestehen allerdings die bekannten, an dieser Stelle schon erwähnten Bedenken, die sich auch die Reichsbank aus währungsrechtlichen Gründen zu eigen gemacht hat, da es sich nicht um eigentlich produktive, Devisen schaffende Anlagen handle, da zahlreiche Auslandsanleihen die kaum bereinigte deutsche Devisenlage würden beeinflussen können. Ein weiteres Bedenken ist das, daß die Bautätigkeit in Deutschland auch ihre Grenze in der Beschaffung von Bauarbeitern und Baumaterial hat, und ein plötzlicher Überschuß an Auslandsgebern leicht wiederum zur Verteuerung des Bauens beitragen könnte. Diesen Fragenkomplex wird in nächster Zeit übrigens das Reichskabinett behandeln, wobei es sich darum handelt, wie weit man sich über diese Bedenken hinwegsetzen kann, um eine schwere Krise der Bauwirtschaft zu vermeiden. Über die Steuerbefreiung dieser Anleihen hätte der Steuerauschuß des Reichstages zu entscheiden.

Eine Niederlage der chinesischen Nationalisten. Wie aus Dantschun gemeldet wird, haben die Nationalisten einen Rückschlag erlitten und bedeutende Verluste zu verzeichnen. Die 8. Armee soll sogar vernichtet sein.

Der Bruch Englands mit Russland

Zustimmung des Unterhauses

Das englische Unterhaus hat am Mittwoch mit der großen Mehrheit von 367 gegen 118 Stimmen der Außenpolitik der Regierung zugestimmt. Damit ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Russland endgültig.

Bei der Debatte brachte der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Clynes, heute einen Antrag seiner Partei ein, der vor dem Abbruch der Beziehungen mit Russland eine Unterjochung der gesamten Frage fordert. Clynes erklärte, die Behauptungen der Regierung für das Verhalten Russlands müßten bewiesen werden. Chamberlain führte in seiner Entgegnung aus, der legitime Handel mit Russland werde nicht unterbrochen werden, jedoch würden russische Staatsangehörige sich künftig keiner besonderen Vorrechte erfreuen. Die Regierung könne den Antrag Clynes, der ein Misstrauensvotum bedeute, nicht annehmen. Sie wünsche den klaren Ausdruck des Vertrauens und der Billigung. Chamberlain erklärte weiter, die Bedingungen, unter denen das Handelsabkommen unterzeichnet worden ist, seien systematisch und dauernd von der anderen Partei gebrochen worden. Es sei kein Wort wahr an der Behauptung, daß er in Rom und Paris versucht habe, einen antibolschewistischen Verband zu bilden. Die britische Regierung denke nicht daran, einen derartigen antibolschewistischen Verband einzusetzen. Chamberlain schloß, die britische Regierung habe während der 2 1/2 Jahre, in denen sie im Amt war, ihre Politik des Friedens weiter verfolgt und habe mit allen zusammengekauft, die mit ihr zusammenwirken wollten. Nur eine Regierung habe sich gewehrt, mitzuwirken. Sie habe versucht, dieses Werk der Versöhnung und Befriedung zu verhindern. Die Sowjetregierung habe sich unveränderlich gezeigt. Nachsicht sei bis zu einem Punkte betrieben worden, wo ihre Fortsetzung Schwäche sein würde. Die britische Regierung werde nicht länger die Verantwortung übernehmen, diplomatische Beziehungen aufrechtzuerhalten, die so geführt und mißbraucht werden.

Zum Schluß der Debatte teilte der Minister des Innern, Johnson Pils, mit, er habe in seinem Besitz eine photographische Kopie des im Krieges vernichteten Dokumentes, die im Reichs-Gebäude hergestellt worden sei. Sowjetoffiziere seien in allen militärischen Hauptorten tätig gewesen. Besonders in Aldershot und Portsmouth. Er kenne die Namen und Adressen der meisten dieser Spione. Jetzt, da man der Spionagetätigkeit der Handelsdelegation klar auf die Spur gekommen sei, befände sich die Regierung in der Lage, zu handeln.

Erklärungen Litwinows

Litwinow erklärte nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion Vertretern der Sowjetpresse: Der Beschluß Englands ist als würdiger Abschluß seiner sowjetfeindlichen Politik zu betrachten, den die gegenwärtige konservative Regierung Englands seit dem Tage führt, da sie ihre Wähler mit Hilfe der gefälschten Dokumente betrogen und damit die Macht erlangt hatten. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen kann nichts anderes als eine forcierte Kriegsvorbereitung bedeuten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Bruch nicht das Ergebnis des Überfalls auf die UdSSR ist, sondern daß im Gegenteil der Überfall selbst als Vorbereitung des Bruches ausgeführt wurde. Die Sowjetregierung werde alle Maßnahmen treffen, um nicht überrollt zu werden.

Deutschland übernimmt den Schutz der Russen in England

Auf Wunsch des russischen Botschafters in Berlin hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, den diplomatischen Schutz der russischen Interessen in England wahrzunehmen.

Japanische Meldungen über eine russische Mobilisierung

W. B. Tokio, 27. Mai (Tel.) (Reuters). Mehrere japanische Blätter bringen Telegramme aus Chargin (Mandschurei), wonach Befehle zur raschen Mobilisierung der Sowjettruppen ergangen seien. Die mobil gemachten Truppen würden hauptsächlich nach der Grenze im äußersten Osten und nach Kronstadt geschickt werden. Die Maßnahmen werden als Vorspiel von Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Sowjetrußland angesehen.

Die Präsidentenwahl in der Tschechoslowakei

W. B. Prag, 27. Mai (Tel.). Im Abgeordnetenhause hat um 11.22 Uhr die Stimmabgabe für die Wahl des neuen Präsidenten der Tschechoslowakei begonnen. Fast das gesamte diplomatische Korps, darunter die Gesandten von Deutschland und Österreich wohnte auf den Tribünen dem Wahlakt bei. Seit 10 Uhr ist die Umgebung des Parlamentes in weitem Umkreis für jeden Verkehr gesperrt.

Masaryk wieder Staatspräsident

Wie weiter gemeldet wird, wurde der bisherige Präsident B. G. Masaryk im ersten Wahlgang mit 274 Stimmen für die siebenjährige Funktionsperiode zum Staatspräsidenten wiedergewählt. Die erforderliche 2/3-Mehrheit betrug 253. An der Wahl nahmen 434 Abgeordnete und Senatoren teil. Es wurden 432 gültige Stimmen abgegeben, 104 Stimmzettel waren leer. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses begab sich der Ministerpräsident auf die Burg zur Einholung des wiedergewählten Präsidenten, der den Eid auf die Verfassung zu leisten hat.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun wird unmittelbar nach seiner Rückkehr vom Sozialdemokratischen Parteitag einen längeren Erholungsurlaub nehmen, den er im Gastein verbringen will.

Politische Neuigkeiten

Die 10. Internationale Arbeitskonferenz in Genf

wurde am Mittwochvormittag von dem französischen Regierungsvertreter Fontaine in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes eröffnet. Auf der Konferenz sind 42 Staaten mit 223 Delegierten vertreten. Deutschland hat 33 Delegationen und Sachverständige entsandt. Die Tagesordnung umfaßt 1. Krankenversicherung, 2. gewerkschaftliche Freiheit, 3. Aufstellung eines Verfahrens zur Festsetzung von Mindestlöhnen. Zum Präsidenten wurde auf gemeinsamen Vorschlag Sir Chatterjee, Erster Regierungsvertreter für Indien und Oberkommissar für Indien in London, der auch Mitglied der Weltwirtschaftskonferenz war, gewählt.

Zehnjähriges Bestehen des Deutschen Auslandsinstituts

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart, fand Donnerstagabend in der Piederhalle eine Festfeier statt, an der u. a. Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit dem Reichspräsidenten, Staatspräsidenten, ferner Vertreter von Preußen, Bayern, Sachsen, Baden u. a. Ländern, sowie des Reichspräsidenten, Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Kautz und zahlreiche andere Persönlichkeiten teilnahmen. Generalkonferenz Dr. Wanner teilte mit, daß wegen besonderer Verdienste für das Deutschtum im Auslande mehrere Ehrenurkunden verliehen wurden. Ferner wurde dem Reichspräsidenten und dem Reichsaussenminister der Deutsche Ring als höchste Ehrung für die Verdienste um das Deutschtum im Auslande verliehen.

Nachdem Reichsaussenminister Dr. Stresemann seinen Dank für die ihm erwiesene Ehrung ausgesprochen hatte, führte er u. a. folgendes aus: Ich glaube an die Zukunft unseres Volkes, denn nur dieser Glaube gibt uns Kraft, ein neues Haus zu bauen. Der Sturz des deutschen Volkes ist nicht auf seiner Schuld begründet. Moralisch sind wir so frei, wie jedes andere Volk. Die Vorhänge des Vereins, Erzellenz, Sinke, hat heute morgen drei Dinge bezeichnet, die für die Außenpolitik von entscheidender Bedeutung seien: Die Persönlichkeit des Staatsmannes, das Ansehen und die Geduld des eigenen Volkes und das Erfassen der politischen Lage. Das ist richtig; man darf aber dabei nicht vergessen, daß neben diesen Punkten die materielle Macht eine große Rolle spielt. Wir müssen ohne materielle Macht versuchen, durch individuelle Leistung unsere Stellung wieder zu erheben. Es ist ein großer Irrtum zu glauben, daß die Außenpolitik eines Landes geradlinig vorwärts geht. Sie muß Umwege machen, sie muß mit Stillstand rechnen. Die Hauptsache ist für unser Volk, daß es nicht das Ziel aus dem Auge verliert. Wenn zahlreiche Stimmen aus dem Ausland auf den großen Fortschritt, den Deutschland in den letzten Jahren gemacht hat, hinweisen, warum sollen wir, trotzdem unsere Wirtschaftslage nicht so günstig ist, nicht Selbstvertrauen fassen und an unsere Zukunft glauben? Der Reichsminister widmete einen großen Teil seiner Ausführungen den kulturellen Beziehungen des Reiches zu den Auslandsdeutschen. Er wies darauf hin, daß es keine lokalen Staatsbürger im Ausland gäbe, als die deutschen Winderheiten. Der Minister hat dann die Deutschen im Ausland, sich nicht in Parteien zu zersplittern und auch bei der Erinnerung an die große deutsche Vergangenheit nicht die Sorgen des gegenwärtigen Deutschlands und seinen Kampf um die Zukunft zu vergessen. Er kam dann noch einmal auf die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes und seine Aufgaben zu sprechen, welche er in den Worten: „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit“ zusammenfaßte. Auch wir müssen arbeiten für die Zukunft unseres Volkes und für die Verwirklichung des Zieles: Frieden nach außen, Freiheit nach innen und zum Wohle aller Völker.

Der Minister fand mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall, der sich in dem spontanen Absingen des Deutschlandliedes ausliefte.

Weltverband der Völkerverbündigen

Im Plenarsitzungsaal des Reichstages zu Berlin wurde am Donnerstag unter starker Beteiligung die 11. Tagung des Weltverbandes der Völkerverbündigen eröffnet. Namens der deutschen Gruppe betonte Graf Bernstorff die Notwendigkeit völliger Gleichberechtigung und gleicher Gerechtigkeit im Völkerverbund, wenn dieser seine Aufgaben erfüllen wolle. In Genf habe wenig Bereitschaft bestanden, an die Frage der Abstraktion heranzugehen, so daß es nunmehr Aufgabe der Völkerverbündigen sei, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß abgerufen wird. Nach ihm sprach Reichsminister Dr. Marx, der u. a. die deutsche Außenpolitik streifte und dabei betonte, daß Deutschland an der bisher verfolgten außenpolitischen Linie, die sie von London über Locarno nach Genf geführt habe, weiter festhalten werde. Er stellte grundsätzlich fest, daß zwischen ihm und dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann völlige Übereinstimmung hierüber bestehe. Deutschlands Außenpolitik sei aufgebaut auf dem Vertrauen zwischen Regierungen und Völkern und nicht auf der Macht der Kanonen und Bajonette. Die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerverbund sei deshalb der beste und sicherste Weg für Völkerverständigung und Befriedigung der Welt. Am Völkerverbund werde Deutschland festhalten wie an dem Endziel der Verständigung.

Die Ausführungen des Reichsministers fanden lebhaften Beifall. Darauf ergriff der Vorsitzende des Weltverbandes, Professor Aulard, Paris, das Wort und betonte die Bedeutung des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund. Eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerverbundes sei, sein Bild dem Willen und dem Herzen der jungen Generationen näher zu bringen. Jeder Aufruf zu Gerechtigkeit müsse aus den Hörsälen und Gesandtschaften verschwinden. Er schloß mit einem Gruß an das deutsche Volk.

Schacht gegen die Spekulation

In Straßburg hielt Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte: Es sei möglich und wahrscheinlich, daß eine Besserung in unserer Wirtschaftslage eintreten werde. Die Ersparnisse unserer Arbeitskraft im Innern würden dazu beitragen, daß wir uns in einem hoffentlich dauernden Aufstiege befinden. Aber er habe den Eindruck, als ob in Deutschland sich noch zuviel Leute befänden, die an dieser optimistischen Auffassung verdienen könnten, nicht aber an dem produktiven Fortschritt selbst. Das sei es gewesen, was ihm die große Besorgnis eingebracht habe für die Aufrechterhaltung unserer eigenen Währung. Es sei kein Geheimnis mehr, daß die Reichsbank im Laufe der letzten Monate erhebliche Devisenbeträge verloren habe. Die Kursbewegung an der Börse sei ständig weiter nach oben gegangen und man habe dabei die Beobachtung gemacht, daß diese Kursbewegung getragen war nicht von Käufen mit eigenen Mitteln, sondern von solchen mit fremden Geldern. Und was schlimmer sei, daß das Geld hierfür aus dem Ausland heringekommen sei. Jeder, der spekulieren wolle, könne spekulieren, soviel er wolle, aber daß er in Devisen an der Börse spekuliere, die unter Umständen die Reichsbank zurückzahlen habe, das sei ein Umstand, den die Reichsbank nicht tragen könne im Interesse der deutschen Währung. Die Reichsbank könne nicht zulassen, daß sich jemand in London oder New York Gelder pumpe, um hier Käufe zu machen, die einmal an das Ausland zurückbezahlt werden müßten. Dadurch komme die Reichsbankleitung in eine Situation, die eine Gefährdung der deutschen Währung bedeute.

Die Zahl der Arbeitslosen am 15. Mai

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Mai rund 746 000 (männlich: 606 000, weiblich 140 000), gegenüber rund 870 000 (männlich: 746 000, weiblich 124 000) am 1. Mai und 988 000 (männlich: 816 000, weiblich 172 000) am 15. April. Der Rückgang vom 1. bis 15. Mai beträgt 14,3 Proz. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen hat im gleichen Zeitraum von 987 000 auf 840 000 abgenommen. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist vom 15. April bis zum 15. Mai von 234 000 um rund 8000 zurückgegangen. Der Rückgang in der Gesamtzahl der Arbeitslosen (Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge und in der Krisenfürsorge) beträgt 20,1 Proz.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag

wurde am Donnerstag die Aussprache geschlossen. Hierauf wurden Resolutionen des Parteivorstandes mit der Forderung nach Sanktion der weltlichen Schulen nach einem Reichsschulgesez im Sinne der Weimarer Schulvereinbarungen und Verfassungsbestimmungen ohne Bevorzugung der Bekenntnisschule und gegen ein Konordat, das die Schulfrage umfaßt, einstimmig angenommen. Abgelehnt wurde der Beschluß, der jedes Konordat mit Reich und Ländern grundsätzlich ablehnt.

Der Parteitag nahm ein Referat Giffenberg über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik entgegen. Nach der Aussprache über dieses Referat erfolgten Abstimmungen. Mit großer Mehrheit wurde eine Entschließung über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik angenommen. In der Entschließung heißt es: „Der Kampf um die Behauptung der Republik und die Ausgestaltung der Demokratie, die Abwehr der sozialen Reaktion und die Erringung der wirtschaftlichen Demokratie erfordert die Vereinigung aller Arbeitenden in der Sozialdemokratie. Als politische Partei lehnt die Sozialdemokratie jede Spaltung aus konfessionellen Gründen ab. Der Kampf um die Erhebung der staatlichen Macht, macht die Erringung und Behauptung möglichst zahlreicher Machtpositionen in Gemeinden, Staat und Reich notwendig. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung hängt allein von der Prüfung der Frage ab, ob die Stärke der Sozialdemokratie im Volk und Reichstag die Gewähr bietet, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen oder realistische Gefahren abzuwehren. Die Entscheidung über die Teilnahme an der Regierung ist eine taktische Frage, deren Beantwortung nicht durch bestimmte Formeln ein für allemal festgelegt werden kann.“

Der Parteitag stimmte schließlich einem Antrag zu die Gesetze zum Schutze der Republik zu verschärfen und einem anderen Antrage, der die Haltung der Fraktion beim Finanzausgleich billigt.

Heute, Freitag wurde Weis zum Parteivorstandes wieder gewählt.

Der Reichsrat und das Jugendbeschulgesetz. In der Mittwoch-Sitzung des Reichsrates wurde beschlossen, gegen die Beschlüsse des Reichstages zu dem Gesetz über den Schutz der Jugend bei Luftballonfahrten Einspruch zu erheben. Dieser Einspruch wird damit begründet, daß die Kampfbefugnis über das Verbot der Zulassung von Jugendlichen unter 18 Jahren oder ihrer Verwendung bei Luftballonfahrten und Aufhängungen vom Reichstage in eine zwingende Vorschrift verwandelt worden ist, und daß ferner die Luftspieltheater von der Gültigkeit des Gesetzes ausgeschlossen werden.

Der Einfluß deutscher Jugenzeug in das Memelgebiet. Die litauische Regierung hat die Einfuhrgenehmigung in das Memelgebiet mit dem 25. Mai zurückgezogen. Die Ranzession ist gegenwärtig abgelaufen. Der neue litauische Verkehrsminister glaubt durch Verweigerung der Ranzession für diese Teilstrecke, für die Litauen kein Interesse zu haben vorgibt, die Verlegung von Memel nach Königsberg erreichen zu können. Demgegenüber herrscht deutscherseits die Auffassung, daß man unter den derzeitigen politischen Verhältnissen lieber, wie bisher, Memel als Konno anliegen.

Das Datum der Dreimächtekongferenz. Das Washingtoner Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Dreimächtekongferenz über die Seeabrüstung am 20. Juni in Genf eröffnet werden soll.

Das Schicksal der beschlagnahmten deutschen Seefabel. Das Washingtoner Staatsdepartement sucht eine Konferenz der beteiligten Mächte über die endgültige Verteilung der beschlagnahmten deutschen Tiesseefabel herbeizuführen.

Kriegsminister a. D. v. Stein 7. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag verstarb in Wehrm (Markt) der Kriegsminister a. D. und erster Generalquartiermeister im Weltkriege, General d. Art. Erz. Dr. v. Stein im 73. Lebensjahre.

Badisches Landestheater

„Coeur-Dame“ und „Frauenlist“ von Hugo Möhr

Betrachtet man über alle ästhetische Erörterungen hinweg von Standpunkt des noch gut bürgerlich gesinnten Opernfreundes, an den sich Hugo Möhr, der geschätzte Münchener Dirigent und erfahrene Theaterpraktiker, auch seiner ganzen künstlerischen Funktion nach wendet, zunächst einmal das Ergebnis des Abends, so ist sowohl zugunsten des älteren („Frauenlist“) wie des jüngeren („Coeur-Dame“) Einakters festzustellen, daß diese Art opernhafter Unterhaltung in ihrer auf Spannung und Entspannung zielenden Absicht nicht nur sofort eingänglich ist, sondern überhaupt den gesamt-musikalischen Aufnahmeparat vor sehr dankbare Aufgaben stellt. So können vor allem die Sängler in äppig geschwungener Deklamation schweigen, jede Partitur ist für den einzelnen Rollenvertreter geschickt und ökonomisch geschrieben, es geht auch nach der darstellerischen Seite ohne sonderliche Anstrengung, weil die musikalische Belebung nichts Aufsergewöhnliches allenfalls längtüberwärtet verlangt. Ebenso ist der orchestrale Teil recht mobil und nett kombiniert, er stützt das Gesangsmaßige, ohne es je zu erdrücken; man darf sogar bemerken, daß die instrumentale Diktion vor allzu billigen Wirkungsmitteln vorsichtig zurückweicht und vornehmer jedenfalls, als man es eigentlich bei dem Inodramatischen „Coeur-Dame“-Konflikt vermutet, sich von drastischen Effekten fernhält.

Daher scheint beim ersten Hinhören alles reichlich vorhanden, was man wirkungsvolleren Opernschlagern nachrühmen könnte. Woran liegt es nun, daß trotzdem weder mit dem einen noch mit dem anderen Werk das Publikum so recht sympathisiert? Es gibt dafür gar vielerlei Gründe. Gewichtig ist vor allem die Tatsache, daß beide Stücke keinerlei triebhaftes Aufkeimen einer neuen Entwicklungsströmung aufweisen. Einakter sind jedoch heute zu sehr Programmgegenstand geworden, um auf irgendwelche Eigenart verzichten zu können. In der Kammeroper speziell sieht man gegenwärtig ein Verfallsfeld formaler Probleme, aber auch von Einakter älterer Gattung erwartet man immerhin einen Akt Oper. In dieser Beziehung enttäuscht besonders „Frauenlist“. Es ist freilich ein schon vor zehn Jahren geschriebenes Lustspiel und ein auch hier gelegentlich aufgeführtes Werk. Warum sollte es jedoch als feingeistiges Diversifement nicht lebendig geblieben sein, wenn es je schöpferischen Eigenwert besaß? Dies gerade muß man leider bezweifeln, weil die Partitur denn doch zu unerbötlichen zum Rosenkavalier hinüberfokussiert und als dessen Stilkopie einem sehr gefährlichen Formalismus huldigt. Vielleicht empfinden wir das gegenwärtig viel peinlicher und sind eingermäßen ungerecht gegenüber jenen, die sich hübschen effektiven Archaismus, auch wo er die biedermeierisch altlich gestanzte Dreitalform

mit Rosenkavalierparfüm überzieht. Auf jeden Fall verstimmt diese heiter epigonale Geschäftigkeit à la Strauss und entbehrt, da sie ja nicht die Genialität des originalen Wertes besitzt, um so deutlicher die Dornen in ihrer ganzen abstrusen Lächerlichkeit. Es ist eben vollkommen klar, wer im Wettstreit mit Richard II. den Kürzeren ziehen muß. Das Wort „vom Zauber der Persönlichkeit“, das gerade in diesem Werk die tonische Hauptnote ist, hat daher zweifach tiefere Bedeutung.

Wehr kunstreich als künstlerisch wertvoll mutet auch die eigentliche Novität des Abends und Hugo Möhrs jüngstes Werk an. Bei diesem Einakter „Coeur-Dame“ bewundert man in dessen nicht bloß die besonders in der Münchener Schule gepflegte handwerkliche Meisterschaft, man verpirt zugleich auch eine stärkere Gefühlsreaktion, obwohl es wiederum Theater von gestern ist. Doch scheint hier der persönliche Kräfteinsatz des Komponisten bedeutend gewachsen, schon das Textbuch drängt allerdings zu streifender Konsentration, denn was R. Lohar aus einem Schauspiel des Paul Vulsion gezogen hat, ist interessant genug für ein pitant historisierendes Operchen. Und für eine knappe Stunde — das ist ein weiterer positiver Vorzug entgegen der negativen Schwäche der beinahe doppelt so langen Frauenlist! — kann man schließlich einem bald ins Ariofo verdichteten, bald veristisch angelegten Seelendrama immer zuhören. Zwar ist die Geschichte der mit einem ungeliebten Mann verheirateten schönen Frau nicht unbekannt; selbst daß ihr gräßlicher Liebhaber in einer Standuhr, die somit zum Hauptstück der Handlung wird, sich erschießen lassen muß, ist allenfalls eine bescheidene Variante zu dem sonst üblichen Wandschank, übt aber unmittelbare Wirkung und erzeugt nach exprobletem Rezept dieselbe dramatische Steigerung. Da außerdem Hugo Möhr den Einakter-Bogen mit noblem Kunstgeschmack sicher zu spannen weiß und auch etwas auf psychologische Zeichnung achtet, sind hier alle Merkmale einer gangbaren Gebrauchsoper wenigstens gegeben. Die besungene Figur ist die Fürstin, überdies von Lily Mättermann mit so erlebnisreichen Herzenskraft aufgefaßt, daß schon durch ihre Darstellung der starke Augenblickserfolg entschieden war. Dem Format des Wertes paßten sich jedoch Walter Warth (der Fürst) und Wilhelm Krenig (der Graf) ebenfalls trefflich an, und wie Generalmusikdirektor Josef Krips der löblichen Sprache nichts schuldig blieb, so sorgte Otto Kraus als kundiger Regisseur für annehmbare Gruppierung.

Bei dem nachfolgenden musikalischen Lustspiel „Frauenlist“ sah Dr. Heinz Knoll am Dirigentenpost. Er hatte zweifellos die musikalisch heiklere Aufgabe übernommen und löste sie recht anständig. Auf der Bühne strengten sich allen voran

* Klavierauszug und Textbuch sind in der Universal-Edition (Wien) erschienen.

Franz Schuster (Rosenmüde) und Adolf Vogel (Dunkel) an, zwei lustige Typen, nicht weniger Wally Franz (Gräfin von Hildburg), Elie Mant (Vieje) und Wally Strad (München). Auch Robert Bus (Major) und Hans Siegfried (Lampert) waren mitbeteiligt an diesem von listiger Frauenhand erforschten Intermezzo, dessen Regie Hellmuth Große führte. Wieder gab es Beifall, und abermals konnte sich der anwesende Komponist inmitten der Mitwirkenden zeigen. Es war jedoch nur noch höflicher Achtungserfolg, des Hauptinteresses des gut besuchten Hauses hatte mit einigem Recht die Coeur-Dame vorweggenommen. S. Sch.

Zur Macbeth-Neueinstudierung im Badischen Landestheater

Mit der Tragödie „Macbeth“ geht am Samstag, 28. Mai die dritte Neueinstudierung eines Shakespeares-Dramas in dieser Spielzeit in Szene. Dabei kommt eine besondere Bedeutung auch dem Umstand zu, daß das Werk zum erstenmal nicht in der solange benutzten Schloß-Tiefen überführung gegeben wird, sondern, daß seiner Neueinstudierung die neue Übertragung Carl Mothes zugrunde gelegt wurde, von dem außer „Macbeth“ schon eine größere Anzahl von Übertragungen Shakespearescher Dramen erschienen ist. Carl Mothe geht bei „Macbeth“ von der Tatsache aus, daß eine zu Lebzeiten Shakespeares gedruckte Fassung des Wertes nicht erhalten ist, und bekennt sich zu der von vielen Vorausgegangenen und Kritikern geteilten Ansicht, daß der in der Foliausgabe 1623 vorliegende Text verstimmt und bearbeitet überliefert sei. Die Unschärfe eines Teiles des Textes dieser Foliausgabe erregt ihm vornehmlich aus sprachlichen und rhythmischen Gründen hervorzuheben, und er hat es unternommen, den Text im Sinne des Shakespeareschen Originals zu reinigen. Aber die erste Aufführung des Stückes am 20. April 1610 sind sehr ausführliche Tageliednotizen eines Dr. Simon Forman vorhanden. Dessen Inhaltsangabe stimmt in wichtigen Punkten mit dem Macbeth der Foliausgabe nicht überein. Die Abweichung ließe sich auch dann nicht erklären, wenn man annehmen wollte, die Wiedergabe des Tageliedes sei ungenau. Hauptächlich sind es die Szenen, die offenbar nicht von der Hand des Dichters, der sich damals schon in seine Geburtsstadt zurückgezogen hatte, erweitert worden seien, während infolgedessen andere Szenen ohne Verständnis für die zweckvolle Komposition des Ganzen gekürzt oder vorzeitig abgeschnitten wurden. Für die Annahme, daß diese einerseits erweiterten, andererseits verstimmelten Einträge in das Original durch gewisse Rücksichten auf den Geschmack König Jakobs I. und die Absicht veranlaßt wurden, seinen Herrschertugenden zu schmeicheln, sprechen allerdings einleuchtende Gründe. — So stellt die Mothesche Überführung einen in jedem Fall rühmenswürdigen Versuch dar, das grandiose Werk von unechten Zutaten zu befreien und seine ursprüngliche Fassung möglichst wieder herzustellen. —

Börsen und Märkte

Die Börse hatte in dieser Woche mehrmaligen Tendenzwechsel. Nach den Erschütterungen des schwarzen Freitag war die Börse zunächst wieder eine Zeitlang beruhigt, zumal größere Kaufaufträge für englische Rechnung vorlagen, und auch das deutsche Publikum wieder als Käufer auftrat. Der Sturz der Kurse hatte Käufer angelockt, die die Gelegenheit wahrnehmen wollten. Die Börse wurde aber wieder beunruhigt durch die Erklärung der Banken, daß an den auf den Medio Juni folgenden Terminen weitere Einschränkungen über 25 Proz. hinaus vorgenommen werden sollen. Es kam zu einem neuen schwarzen Tag an der Börse. Der vielfach über den Medio hinausgeschobene Abbau der spekulativen Engagements wurde erst jetzt auch in der Provinz in Angriff genommen. Dazu kam das Bedürfnis der Banken, durch Glattstellungen der Kundschafts-Engagements

ihre Liquidität wieder herzustellen. Unter diesen Umständen unterlag die Börse einer weiteren Baixe. Bei dem Mangel an Aufnahmewillen und auch Aufnahmekraft kam es zu fühlbaren Kursabschlägen. Nirgends war die Neigung zu verspüren, sich der Kursenkung entgegenzustellen. Die weitere Entwicklung der Lage wird als ganz unübersichtbar beurteilt.

Die Geldmarktslage wird in Reichsbankkreisen ziemlich pessimistisch beurteilt. Es besteht die merkwürdige Situation, daß Tagesgeld leicht und mit 4,5-6,5 Proz. angeboten war, während Monatsgeld bei anziehenden Sätzen stark angespannt ist. Monatsgeld wird mit 7 1/2-8 Proz. bezahlt. Die Geldgeber halten sich weitgehend zurück. Die Verflüssigung für Tagesgeld darf über die angespannte Gesamtlage des Geldmarkts nicht hinwegtäuschen. Von der Einschränkung der Depostgelder hat der Geldmarkt bisher noch keine Erleichterung verspürt. Dazu steht der Ultimo vor der Tür,

dem nach dem letzten Börjenskrach mit einiger Besorgnis entgegengesehen wird. Die Reichsbank-Ausweise der letzten Woche machten mit ihrem großen Defizitabfluß und der geringen Entspannung der Anlagelosen einen wenig günstigen Eindruck. Die Diskonterhöhung in Deutschland wird nur dann für vermeidbar gehalten, wenn die Bank von Eng und ihre Rate ermäßigt und damit die Gefahr weiterer Goldabflüsse aus Deutschland beseitigt ist.

Die Produktbörsen hatten bei kleinen Umsätzen freundliche Tendenz. Die deutschen Märkte beobachteten trotz der erhöhten Auslandsforderungen Zurückhaltung. Die Preise an den meisten Waren blieben nach wie vor gering. An der Berliner Produktbörse notierten Weizen 295 (unb.), Roggen 275 (unb.), Gerste 262 (unb.), Hafer 244 (+1), RM pro Tonne und Mehl 39 (unb.) RM pro Doppelzentner.



Alles fliegt

Zur **D. S. G.**

dem bewährten Haus der **Zahlungserleichterung**

das 1000e aus allen Ständen zu seinen Kunden zählt.

Überrascht ist jeder von der überwältigenden Auswahl unserer groß angelegten Abteilungen für

Herren-, Damen-, Kinder-, Sport-Bekleidung

In unserer Herren-Maschabteilung kann Lieferung noch vor Pfingsten erfolgen!

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.

Kronenstr. 40

Karlsruhe

Ecke Markgrafenstr.

Neu aufgenommen: Herren- und Damen-Wäsche

Unsere Schaufenster zeigen Ihnen, wie preiswert und leistungsfähig wir sind

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Freitag, 27. Mai bis Donnerstag, 2. Juni, jeweils abends 8 Uhr;
Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags;
Sonntag, 29. Mai, nachmittags 4 und abends 8 Uhr:

Erstaufführung!

Lederstrumpf

Wildtötters Kampf um das Blockhaus im Seel

Opelwochenschau Nr. 22

Preise und Ermäßigungen wie üblich
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße

Neuzeitliches Etagenhaus

in bester Südstadtlage, mit 4 fünfzimmerwohnungen, mit freistehendem Rückgebäude für Werkstätte oder Lager vorzögl. geeignet, äußerst billig zu verkaufen. Anfragen unter G. 427 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Bekanntmachung.

Bei der Gemeinde Amlingen sind zwei **Polizeidienerstellen**

in Gruppe III, davon voreerst eine planmäßig, alsbald zu besetzen. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnis, abschreiben und Lichtbild sind bis längstens 7. Juni d. J. hierher zu richten.

Es können nur Personen in Frage kommen, die die staatl. Polizeischule mit Erfolg besucht, oder eine vom Minister des Innern festgesetzte Mindestdienstzeit bei der staatl. Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben.

Amlingen, den 24. Mai 1927.
Bürgermeisteramt.

Donauwörth. A. 703. und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses. — zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters — sowie zur Befreiung einer nachträglich angemeldeten Forderung auf: Donnerstag, den 2. Juni 1927, mittags 12 Uhr, vor dem Amtsgericht Donauwörth, Zimmer 26.
Donauwörth, 18.5.27.
Bad. Amtsgericht 1

Urteil.

In der Strafsache gegen den Schriftleiter Georg Nikolaus Müller von Krappitz wegen Verleumdung durch die Presse hat das Schwurgericht zu Mannheim am 27. April 1927 zu Recht erkannt:

Georg Nikolaus Müller von Krappitz wird wegen öffentlicher Verleumdung zu einer Geldstrafe von 300 RM — Dreihundert

RM — im Falle der Unbeibringung der Geldstrafe zu einer Haftstrafe von 30 Tagen verurteilt. A. 706. Der Angeklagte hat die Kosten zu tragen. Alle Exemplare der Zeitschrift Nr. 229 vom 2. Oktober 1926 der in Mannheim erscheinenden „Arbeiterzeitung“ sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen. Dem Badischen Justizminister wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung innerhalb 2 Monaten nach Rechtskraft dieses Urteils auf Kosten des Angeklagten durch einmalige Veröffentlichung des Urteils in der „Arbeiterzeitung“ in der „Arbeiterzeitung“ in Mannheim und der „Karlsruher Zeitung“ in Karlsruhe öffentlich bekannt zu machen. Karlsruhe, 25. 5. 1927.
Der Justizminister:
Dr. Trunt.

Verkaufsstätte
MÖBEL
im Markgräf. Palais.

14. Geldlotterie zur Wiederherstellung des St. Nikolausklosters in Neberlingen am Bodensee.

Bei der am 22. April 1927 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: A. Gewinne von 100 bis 5000 Mark: 18288 (100), 38522 (100), 31402 (100), 43921 (100), 7331 (500), 9266 (500), 6794 (500) und Prämie 10000. — B. Gewinne zu 50 Mark: 1196 3436 15793 18535 22633 28524 35212 43881. — C. Gewinne zu 20 Mark: 948 2109 8334 9013 13826 14446 17668 19776 20980 22112 23011 28159 29793 32288 38844 41335 42668 43227 43592 46841. — D. Gewinne zu 10 Mark: 213 1902 4801 5821 7618 8444 11780 12780 14270 15165 17598 17882 18449 19688 20793 21274 22375 24879 24984 25255 25306 30829 31226 32652 35041 36884 38906 37061 37793 38092 39423 40874 41497 42083 44592 44825 46920 47638 48630 48770. — E. Gewinne zu 5 Mark: 240 2921 3399 3428 3604 3636 3977 4668 5061 5096 6708 7345 8843 8916 9152 9317 9433 10569 11228 11627 11631 11745 11748 12894 12994 12998 13492 13743 14623 14868 15016 16017 16204 16774 1744 19431 19767 20059 20310 22251 22705 22965 23322 23598 23844 26100 26342 26508 26599 27085 27241 27417 27716 27797 28653 28870 29894 30915 30995 31087 31950 33174 33909 34013 34356 34386 34831 35399 35513 36184 37319 37380 38088 38532 38538 39286 41045 41081 41209 42278 42457 42749 42879 43239 43389 45464 45498 45549 45617 45818 47095 46090 46354 47499 47712 47979 48140 48239 48792 48883. — Gesamtwinn Nummern mit nachstehenden Einzahlen gewinnen je 2 Mark: 022 022 041 055 104 140 222 267 279 306 318 330 372 448 455 634 636 643 654 661 684 697 728 744 747 790 803 889 908 919 926 945 984 986. Ferner gewinnen folgende Nummern 2 Mark: 6976 24518 28691 30459 36951 39547 40149 44879.
Die Auszahlung erfolgt durch
Eberhard Reber, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6

Diejenige junge Dame, welche

einen guten Roben- oder Gadschard zu kaufen beabsichtigt, findet großes Lager bei
H. Rosenberger, Karlsruhe, Ecke Schiller- u. Marienstr. 32.

An unserer Maschinenbau-Abteilung ist zum 1. Oktober 1927 eine

planmäßige Professorenstelle

zu besetzen. Unterrichtsgebiet: Werkzeugmaschinen und allgemeiner Maschinenbau. In Betracht kommen nur Herren mit abgeschlossener Hochschulbildung und mehrjähriger Büro- und Betriebspraxis. Gehalt unter Berücksichtigung des Dienstalters zunächst nach Gruppe X. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Referenzen sind bis zum 15. Juni einzureichen.

Staatstechnikum Karlsruhe

(Badische höhere technische Lehranstalt).

Forstamt Triberg verkauft freihändig aus den Domänenwäldern 940 Hektometer Nadelholzstämme und Astschnitt aller Massen aus frischer Fällung. Schriftliche, in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise ausgedrückte Gebote werden bis Freitag, den 3. Juni 1927, abends 6 Uhr, angenommen. Verzeichnisse durch das Forstamt erhältlich. A. 693.

Samstag, den 28. Mai 1927
* B. 27. Th.-Gem. I. S.-G. E. Einbürgerung

Macbeth

von Shakespeare in Szene gesetzt von Felix Baumbach

Duncan v. d. Trend
Malcolm Reitzel
Donalbair Bodt
Macbeth Gierl
Banquo Hofbauer
Lady Macbeth Etmarrh
Fleance Weiff
Macduff Dabien
Rosse Herz
Lenox Pfeiler
Angus Klobbe
Lady Macduff Rein
Deren Sohn Deutig
Steward Höder
Desfen Sohn Dr. Storz
Stranger Geaf
Seiten Kubne
Fischer Aienidorf
Pfortner Müller
Diener Mehner
Kammerherr Trauendorfer
Wörter Gemmecke
Klothe
Clement
Albrecht
Mordel

Badisches Landestheater

Freitag, den 27. Mai 1927
* F 26 (Freitagmiete)

Jar und Zimmermann

Romische Oper in drei Akten von Albert Lortzing

Musikal. Leitung: Jos. Krups
In Szene gesetzt von D. Krauß

Jar Deptrauch
Juanito Siegfried
van Bett Sautler
Marie Hans
General Lejor Landt
Lord Spunkhaus Voser
v. Chateaufort Bus
Witwe Brown Banta
Ein Offizier Kalmbach
Ein Kutscher Altian

Anfang 7 1/2, Ende nach 10 1/2, 1. Opernfig 7 M.

So. 29. Mai: Die Intimen
Weiber von Windsor. Abds. 8. Ubr.
Feldts. No. 30. Mai: Coent
Dame; hierauf: Frauenlist.